

Übersicht Pressekonferenz zum globalen Klimastreik am 3. März



Es gilt das gesprochene Wort.

Der Klimastreik fordert eine sofortige Abkehr von dem massiven Ausbau fossiler Infrastruktur und einer nachhaltigen Transformation des Energiesystems. Für die Durchsetzung der folgenden Forderungen ruft der Klimastreik heute schweizweit zu Demonstrationen im Rahmen des globalen Klimastreiks auf. Die Massnahmen haben drei zentrale Ziele: Die Energiewende vorantreiben, den Stromverbrauch senken und sozial verteilen, sowie keine weitere klimaschädliche Infrastruktur in Betrieb nehmen.

Massnahmen

- Moratorium auf Bau und Betrieb von fossilen Kraftwerken und Flüssiggas-Terminals
- Sozial-ökologische Massnahmen zur Senkung des Stromverbrauchs und zur Entlastung der Haushalte aufgrund der Inflation
 - Demokratisierung der Strombranche zur Garantie einer effektiven und gesellschaftlich erwünschten Verteilung der vorhandenen Stromproduktionskapazitäten
 - Kostenfreie Mindestmenge an Strom und eine progressive Bepreisung über dieser Mindestmenge
 - Einstellung oder Drosselung des Betriebs in klimaschädlichen und energieintensiven Branchen im Falle einer drohenden Strommangellage
 - Arbeitszeitverkürzung für alle bei gleichbleibendem Lohn
 - Finanzierung von kostengünstigen ÖV durch Übergewinnsteuer auf Kriegsprofitere
- Rasche Energiewende
 - Beschleunigter Ausbau der Solar- und Windenergie auf versiegelten Flächen
 - Erhöhung der Renovationsrate bei Häusern
 - Steigerung der Ausbildungskapazitäten im Gebäude- und Energiesektor

Sprecher*innen Pressekonferenz

Anna Lindermeier, Klimastreik Zürich

Corentin Mottet, Klimastreik Waadt

Muriel Siegwart, Forschungsgruppe Erneuerbare Energie, IUNR, ZHAW

Jonas Kampus, Moderation

Fotos: <https://flic.kr/s/aHBqjAtYLC>

Text Pressekonferenz

Corentin Mottet: Einen Tag nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine standen wir auf dem Bundesplatz und forderten, dass der Handel mit fossilen Brennstoffen aus Russland verboten und der Bau von fossiler Infrastruktur nicht vollzogen wird. Ein Jahr später sitzen wir hier, Putins Krieg wird immer noch von hiesigen Handelsunternehmen finanziert und in der Schweiz werden zahlreiche Gas- und Ölkraftwerke gebaut oder reaktiviert. Es ist an der Zeit, dass sich der Bundesrat endlich von seiner katastrophalen, verlogenen und lebensfeindlichen Krisenpolitik verabschiedet.

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Begriff «Energiekrise» in aller Munde. Diese Bezeichnung ist aber stark irreführend. Wir erleben keine allgemeine Energiekrise, sondern eine fossile und nukleare Krise. Während Europa fast vollständig von kriegsführenden Diktatoren wie Putin, bin Salman oder Älijew beim Import von Öl, Gas oder Uran abhängig ist, dreht sich ein Windrad unabhängig von der weltpolitischen Lage. So sind auch die zwei potenziellen Ursachen einer Strommangellage der Ausfall von Gaslieferungen für Kraftwerke in Deutschland und der hitzebedingte oder durch technische Defekte verursachte Ausfall von Kernkraftwerken in Frankreich. Bislang dominierte im öffentlichen Diskurs aber absurderweise der Ruf nach dem Bau von Gas- oder Kernkraftwerken. Was wir zurzeit erleben, ist ein massiver Angriff der fossilen Konzerne und der bürgerlichen Politik auf unsere Lebensgrundlage. Während Putin weiterhin seinen Vernichtungskrieg mit dem Verkauf von fossilen Brennstoffen über die Schweiz finanzieren kann, verkünden Glencore und Shell Rekordprofite und in der Schweiz werden Ölkraftwerke gebaut.

Der Bundesrat hat bereits während der Coronapandemie versagt, einen sozial-ökologischen Wandel einzuleiten, wie es der UNO-Generalsekretär und der Klimastreik in seinem über 700-seitigen Klima-Aktionsplan forderten. Die Welt und die Schweiz stehen an einem klimapolitischen Scheideweg. Während in Ländern wie Pakistan oder Nigeria bereits Tausende an der Folgen der Klimakrise sterben, schütten westliche Regierungen weiter Öl ins Feuer. Aus diesem Grund gehen wir heute weltweit und in der Schweiz auf die Strasse, um die fossile Welle zu brechen und zukunftsfähige Lösungen zu fordern.

Als Klimastreik zeigen wir im Folgenden auf, welche Massnahmen notwendig sind, um eine potenzielle Strommangellage abzuwenden, die Energiewende voranzubringen und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu stoppen. Bundesrat und Parlament haben jetzt die Möglichkeit, die notwendigen Massnahmen bis zum kommenden Herbst umzusetzen.

Muriel Siegwart: Vor dem Hintergrund der drohenden Energiekrise wurde im Herbst 2022 entschieden, dass in Birr Reservestromkraftwerke gebaut werden sollen.

Die Idee von fossilen Reservekraftwerken war allerdings nicht neu. Die EICOM hat bereits 2021 einen Bericht veröffentlicht mit dem Namen «Konzept Spitzenlast-Gaskraftwerke». In diesem Bericht wurde analysiert, mit welchen Massnahmen eine Strommangellage, ausgelöst durch den gleichzeitigen Ausfall aller AKWs und ab 2025 eventuell beschränkte Importkapazitäten, abgewendet werden könnte. Der Bericht untersuchte Massnahmen aber nicht Technologieoffen, sondern fokussierte auf Gas- resp Ölkraftwerke. Diese müssten gemäss EICOM

jedoch schon bis zu 8 Wochen vor dem Ausfall von AKWs eingeschaltet werden, damit genug Energie vorhanden wäre, um die Stauseenreserven zu schonen. Letzteres ist essentiell, weil nur Wasserkraftwerke die benötigte Leistung bereitstellen können, um eine Strommangellage zu verhindern.

Das Schonen der Speicherkraftwerke muss nicht zwingend durch fossile Kraftwerke erfolgen. Ein rascherer Ausbau der erneuerbaren Energien oder Energieeffizienzmassnahmen hätten denselben Effekt. Letztendlich geht es nur darum, mehr Strom im Winterhalbjahr zu erzeugen und damit die Speicherkraftwerke zu schonen. Der Füllstand der Speicherseen im Spätwinter wäre dadurch hoch, damit könnten die Speicherkraftwerke allfällige Ausfälle von anderen Kraftwerken oder fehlende Importe überbrücken.

Das Konzept Spitzenlast-Gaskraftwerke ist 2021 erschienen und ihre Datengrundlage für den Ausbau von Photovoltaik (PV) + Wind beruhen auf noch älteren Studien. Damals wurde ein viel geringerer Ausbau von PV angenommen, als bis 2022 tatsächlich eingetroffen ist. Die Ziele für den Ausbau in den kommenden Jahren werden im Parlament mit dem Energie-Mantelerlass gerade debattiert. Aktuell ist das Ziel ein Zubau von PV-Anlagen, welche jeweils rund 2 TWh/Jahr zusätzliche Energie liefern (bis 2035 29.1 TWh). Mindestens 1/4 dieser Stromerzeugung fällt im Winter an. Werden die PV-Zubau Ziele erreicht, wäre genügend Energie vorhanden, um die Wahrscheinlichkeit von Stromausfällen auf das gleich tiefe Niveau zu reduzieren wie mit fossilen Kraftwerken. Was es jetzt braucht, sind entsprechende Massnahmen, damit die Ziele dieses PV- und Wind Ausbaus auch erreicht werden.

Bis 2026 kann genügend zusätzliche Winterstromproduktion aus PV und Wind produziert werden, damit keine fossilen Kraftwerke benötigt werden. Wieso sollen die Steuerzahler also für teure fossile Reservekraftwerke zahlen, welche ab spätestens 2026 nicht mehr benötigt werden und deren Betrieb die Klimakrise weiter verschärfen würde?

Fossile Welle brechen

Anna Lindermeier: Die Grundlage aller Massnahmen bildet der sofortige Ausbaustopp von fossiler Infrastruktur. Konkret bedeutet dies, dass in Muttenz kein Flüssiggas-Terminal und keine weiteren Öl- und Gaskraftwerke gebaut werden. Zudem dürfen die Kraftwerke in Birr, Cornaux und Monthey nicht weiter ausgebaut und nicht in Betrieb genommen werden. Als konkrete Massnahme soll auf Bundes- oder Kantonebene ein **Moratorium gegen den Betrieb und Bau fossiler Infrastruktur** erlassen werden.

Stromnachfrage senken – demokratisch und koordiniert

Bislang wurde in der öffentlichen Debatte von fast allen politischen Akteur*innen implizit angenommen, die nachgefragte Strommenge sei natürlich vorgegeben. Zwar wurde uns empfohlen, zu zweit zu duschen, doch solange grossflächig Schneekanonen zum Einsatz kommen dürfen, ist das Potenzial zur Verringerung des Stromverbrauchs offensichtlich nicht annähernd ausgeschöpft. Das Potenzial zur Einsparung ist immens. Für eine zielgerichtete und effektive Reduktion muss die Stromversorgung unter direktdemokratische Verwaltung gestellt werden, sodass in einem demokratischen Prozess ausgehandelt werden kann, für welche Aktivitäten wann Strom verbraucht werden sollte und darf. Ausserdem muss eine **Mindestmenge an Strom als Grundrecht** eingestuft werden. Diese Menge sollte kostenfrei sein. So werden in Zeiten rekordhoher Inflation ärmere Haushalte entlastet. Gleichzeitig braucht es eine **stark progressive Bepreisung der Strommenge über dem Mindestmass**.

Droht akut eine Strommangellage, muss der **Betrieb in energieintensiven und klimaschädlichen Sektoren wie der Zement- und Stahlindustrie gedrosselt oder eingestellt werden**. Es darf nicht sein, dass in Birr Öl verbrannt wird, um die klimazerstörenden Werke Holcims weiter betreiben zu können.

Dabei ist es zwingend, dass jegliche Massnahmen unter sozial-ökologischen Gesichtspunkten umgesetzt werden. Der Klimastreik zeigte bereits im Klima-Aktionsplan auf, wie eine **Arbeitszeitverkürzung** zur Reduktion von CO₂-Emissionen und des Energieverbrauchs führt. Letzten Frühling stellte sich das breite Bündnis aus Klimabewegung und Gewerkschaften, der Strike for Future, bereits hinter diese Forderung. In der Zwischenzeit hat eine repräsentative Umfrage ergeben, dass eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine Vier-Tage-Woche befürwortet. Ausserdem hat ein Pilotprojekt in Grossbritannien dazu geführt, dass 56 von 61 Unternehmen die Vier-Tage-Woche auch nach der Pilotphase weiterführen werden, weil diese so populär ist.

Die Arbeitszeitverkürzung muss bei vollem Lohnausgleich und gleichbleibenden Arbeitstempo erfolgen und als permanente Massnahme implementiert werden. Als die britischen Kohlenarbeiter*innen 1972 in den Streik traten, wurde die Drei-Tage-Woche eingeführt, um Energie zu sparen. Eine Arbeitszeitreduktion bringt also zahlreiche soziale Vorteile und führt zugleich zu einem verminderten Energieverbrauch.

Als weitere soziale Massnahmen muss eine **Übergewinnsteuer für Kriegsprofiteure** wie Glencore oder Shell eingeführt werden. Dessen Erträge sollten einen kostengünstigen ÖV für alle finanzieren. Aktuelle Beispiele in Spanien und Deutschland zeigen die sozialen und ökologischen Gewinne dank der Implementierung dieser Massnahme. Das Portemonnaie vieler Haushalte wird entlastet und zugleich weniger CO₂ ausgestossen.

Energiewende jetzt!

Corentin Mottet: Bundesrat und Parlament haben nun ein halbes Jahr Zeit, die Energiewende massiv voranzutreiben. Konkret muss die **Renovationsrate der ein Million renovationsbedürftiger Häuser in der Schweiz massiv gesteigert werden**. Aktuell liegt diese bei 1% pro Jahr.

Ausserdem muss der **Ausbau der Solar- und Windenergie auf versiegelten Flächen massiv beschleunigt** werden. Allein die Parkplatzflächen bieten ein enormes Potenzial an erneuerbarer Energieproduktion. Die Windkraft hat den grossen Vorteil, dass sie insbesondere in der Nacht und im Winter besonders viel Strom produziert.

Die Renovation von Häusern wie auch der Ausbau der Solar- und Windkraft schaffen lokale Arbeitsplätze und garantieren, dass nicht mehr länger Milliarden an kriegsführende Diktatoren gezahlt werden. Der Klimastreik hat dafür bereits in seinem Klimaaktionsplan deutlich gemacht, dass Bund und Kantone nun die **Ausbildungskapazitäten in diesen Sektoren stark erhöhen** müssen.

Wir steuern aktuell mitten auf eine Klimakatastrophe zu, welche das Leben, wie wir es kennen, für immer zerstören könnte. Die Schweizer Regierung hat bereits die einmalige Chance der Coronapandemie für eine ökologische Wende verstreichen lassen. Stattdessen wurde die

Flugbranche mit zwei Milliarden Franken unterstützt. Bislang haben der Bundesrat und das Parlament zahlreiche Fehler im Umgang mit der sogenannten Energiekrise gemacht. Es wurden Ölkraftwerke für mehr als eine halbe Milliarde Franken gebaut, ohne dass die lokale Bevölkerung gefragt oder überhaupt richtig informiert wurden. Ausserdem wurde die Axpo gerettet, ohne dass die Rettungsmassnahmen an ökologische Bedingungen gekoppelt waren. Dabei ist bekannt, dass die Axpo an zahlreichen klimazerstörenden Projekten beteiligt ist und dass sich der Konzern nicht mal an der Wasserkraftreserve beteiligt.

Wir streiken heute auf der ganzen Welt, weil trotz Jahrzehnten des Protests die Emissionen und die Profite der fossilen Konzernen immer noch steigen, während mehr und mehr von unseren Mitmenschen den Folgen der Klimakrise zum Opfer fallen. Wir erwarten vom Bund, dass er die oben aufgeführten Massnahmen nun rasch umsetzt, sonst werden wir den fossilen Ausstieg selbst an die Hand nehmen.

Unser Protest geht auch nach dem heutigen globalen Klimastreik weiter: Als Nächstes steht ein breit abgestützter Protest gegen das geplante Flüssiggas-Terminal und Gas- und Ölkraftwerk in Muttenz an. Diese Kundgebung findet in Arlesheim vor dem Hauptsitz des Gasverbundes Mittelland am 25. März um 14:00 Uhr statt.

Zusätzlich rufen wir die Bevölkerung dazu auf, selbst aktiv zu werden, sich den Regionalgruppen des Klimastreiks anzuschliessen, um gemeinsam für die Umsetzung dieser Forderungen zu kämpfen. Organisieren wir uns dort, wo wir leben und arbeiten, für eine sozialgerechte und nachhaltige Welt!

Streiks in zahlreichen Städten

Noch einige Informationen zu den heutigen Streiks. Diese finden an folgenden Orten statt:

- Aarau, Bahnhof, 17:00
- Basel, Lothringerstrasse, Infoanlass zum Flüssiggas-Terminal ab 18:00
- Bern, Waisenhausplatz, 17:00
- Lausanne, Pôle Sud, 18:30
- Luzern, 18:00, Theaterplatz
- Neuenburg, L'Amar, 15:00
- Sion, Place de la Planta, Informationsstände ab 11:30, Demonstration um 16:30
- St. Gallen, Vadian Denkmal in der Marktgasse, 17:00
- Zürich, Münsterhof, 17:30